

Freie
Demokraten

FDP

LÜNEBURG

Wahlprogramm

zur Kommunalwahl 2021

Was wirklich zählt!
Politik mit Maß.

Inhalt

- Präambel
- A Leitbild
- B Kernforderungen
- I Wirtschaft - Start-Up - Einzelhandel
- II Bildung - Schule - Soziales
- III Bürgerrechte - Beteiligung
- IV Digitalisierung - E-Government
- V Urbanes Leben - Kultur - Freizeit
- VI Klima – Regionalität - Nachhaltigkeit
- VII Sport - Gesundheit - Integration
- VIII Finanzen

Präambel

Wir Freien Demokraten stehen zum Subsidiaritätsprinzip: Aufgaben sollen möglichst auf unterer und kleinster Ebene wahrgenommen werden und damit sollen die dazu notwendigen Entscheidungen auch dort gefällt werden.

Wir erkennen aber immer öfter, dass die Auswirkungen von politischen Entscheidungen in Kommunen auch Auswirkungen auf das Umland haben, dass benachbarte Kommunen sich ergänzen können, oder Aufgaben besser gemeinsam wahrgenommen werden sollten.

So sehen wir eine intensive Verzahnung der Aufgaben der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg, denen im bestehenden Finanzvertrag Rechnung getragen wird.

Vor diesem Hintergrund haben wir dieses Wahlprogramm für die Wahlen zum Kreistag und dem Rat der Hansestadt Lüneburg konsolidiert erarbeitet und verabschiedet.

A Leitbild – „Vertrauen, Verantwortung, Fortschritt“

Unsere Zielgruppe sind die Menschen. Liberale Politik orientiert sich am Leitbild des „mündigen Bürgers“, der Verantwortung für sich und seine Umwelt übernimmt. Seine persönliche Freiheit wird dort eingeschränkt, wo sie die Freiheit der Mitbürger beschränkt. Persönliche Selbstbestimmung ist eine für uns wesentliche Bedingung für eine freie Gesellschaft.

Wir Freien Demokraten stehen uneingeschränkt zu den Werten, die eine freie Gesellschaft ausmacht und die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert sind: die Würde des Menschen, Bürgerrechte als Freiheitsrechte der Menschen und Abwehrrechte gegen das Machtpotential des Staates, Ehe und Familie in allen ihren Ausprägungsformen, Eigentum, soziale Marktwirtschaft, Selbstbestimmung, Bildung und Kultur.

Zukunftsgerichtet wollen wir die Chancen und Herausforderungen, die vor allem die Globalisierung und Digitalisierung mit sich bringen, bestmöglich und gewinnbringend für alle Menschen nutzen. Klare rechtliche und ethische Rahmenbedingungen sind hierbei Garant für nachhaltigen Fortschritt und Wahrung der freiheitlichen Werte.

Das bedeutet:

- Wir setzen uns für die **Rechte der Bürger** ein. Diese Freiheitsrechte schützen uns Bürger vor der Macht des Staates. Demokratie bedeutet Herrschaft durch die Bürger. Die Souveränität der Menschen ist Ausgangspunkt aller Entscheidungen. Eine Gesellschaft kann nur dann ihre Freiheit erhalten, wenn sie sich ihrer Werte, die diese Freiheit in Wahrheit begründen, bewusst ist und diese – soweit notwendig - verteidigt.
- Wir setzen uns überall, vor allem im Rahmen der Digitalisierung, für den **Schutz der persönlichen Daten** ein, um (staatliche) Überwachung und eine auf Überwachung basierender Degradierung des Bürgers zum bloßen Objekt etwaiger Interessen zu verhindern.
- Wir setzen uns für den **Schutz und Unterstützung der Familie** ein. Der Zusammenschluss von Menschen, die sich entscheiden, Verantwortung füreinander übernehmen zu wollen - ob in einer konservativen oder modernen Zusammensetzung - ist die Basis einer gesunden Gesellschaft. Die Eheschließung ist kein Exklusivrecht und sollte

daher jedem Paar – unabhängig ob verschieden oder gleichen Geschlechts – offenstehen. Deutschland als Sozialstaat fordert zudem Schutz und Einsatz für Minderheiten und sozial Schwache, die eine starke politische Interessenvertretung benötigen.

- Wir setzen uns für **Chancengerechtigkeit und Wohlstand** ein. Jeder Mensch muss – unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft – die Möglichkeit haben, sich durch Initiative und persönlichen Einsatz Wohlstand erarbeiten zu können. Eine freie, wahrheitssuchende und erkenntnisorientierte Wissenschaft sowie Ideologiefreiheit bilden hierfür den Ausgangspunkt. Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Wissenschaft und Bildung ein, die die persönlichen Stärken und die Individualität von Kindern und Jugendlichen fördert, sodass sie zu gesunden und selbstverantwortlichen Erwachsenen heranwachsen können.
- Wir setzen uns für politische Rahmenbedingungen ein, die eine **soziale Marktwirtschaft** ermöglichen und fördern. Wettbewerbsgleichheit mit dem Fokus auf einen starken Mittelstand erfordert insbesondere die Reglementierung von global agierenden Unternehmen, um wettbewerbsverzerrende Monopolstellungen zu verhindern.
- Wir setzen uns für einen **verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Umweltressourcen** und einem achtsamen Umgang mit der uns anvertrauten Tierwelt ein. Ein Nachhaltiger Umgang mit Flora, Fauna und den anderen natürlichen Ressourcen schließt deren rücksichtslose Ausbeutung aus. Klima- und Umweltveränderungen lassen sich nur bei einem globalen Herangehen in den Griff bekommen. Alle Maßnahmen können nur zum Erfolg führen, wenn die Menschen mitgenommen werden und jeder seinen Beitrag freiwillig leistet. Jede Kommune muss gleichfalls ihren Beitrag dazu beitragen.
- **Kultur ist kein Luxusgut**, sondern die Seele einer freien Gesellschaft. Wir setzen uns für den Erhalt, die Pflege, aber auch die Offenheit von Kunst, Kultur und Erlebnissen in all ihren Ausprägungen ein. Die Kommune muss – genau wie Land und Bund – die Kulturvielfalt fördern und ein erlebnisreicher Ort für die Menschen sein.
- Wir fördern und fordern bei der **Gesundheit** die Eigenverantwortung der Bürger. Präventivmaßnahmen (Ernährung, Sport, Lebensführung) müssen mit Richtlinien für politische Entscheidungen sein und die Selbstverantwortung in der Gesellschaft stärken.

- Wir fordern ausreichend finanzielle Investitionen für die **innere Sicherheit und Ordnung** und mehr rechtsstaatlichen Einsatz gegen Personen(-gruppen) oder Institutionen, die gegen die freiheitlichen, demokratischen Werte arbeiten. Bestehende Gesetze sind konsequent anzuwenden.

Die FDP setzt auch in der Kommunalpolitik auf **Vernunft und Sachargumente**. Mit Populismus und Extremismus lassen sich keine Probleme lösen. Eine Politik der vernünftigen und aufgeklärten Mitte ist zwingend (wieder) notwendig. Kommunalpolitik muss sich zuerst um die Belange der Bürgerinnen und Bürger in der eigenen Kommune kümmern. Resolutionen zu landes-, bundes-, EU- und weltpolitischen Themen dürfen dieses Primat nicht unterlaufen.

Liberale Kommunalpolitik will privates Engagement und die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger fördern. Die ehrenamtliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat daher wegen ihrer positiven Wirkungen für das Gemeinwohl besondere öffentliche Anerkennung verdient.

B Kernforderungen

Vor diesem Hintergrund stellen wir unsere kommunalpolitischen Kernforderungen auf:

- Wir wollen **noch besseren Service für unsere Einwohnerinnen und Einwohner**. Die Digitalisierung bietet dazu viele Möglichkeiten, die vor Ort genutzt werden sollen, damit der Gang zum „Amt“ zur Ausnahme wird. Jede Antragstellung und jede Auskunft müssen rein digital von zuhause aus ermöglicht werden.
- Wir wollen den **Mittelstand stärken**. Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes. Kommunen und Landkreis müssen selbstverständlicher Partner der Wirtschaft sein. Denn nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure gelingt es auch in der Zukunft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern, Innovationen voranzutreiben und damit die Wirtschaftskraft der Region zu erhalten.
- Wir werden die **Verkehrswende** weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu anderen Mobilitätsträgern voranbringen. Dabei setzen wir in erster Linie auf erweiterte und neue Angebote des ÖPNV und eine bessere Radwegeinfrastruktur und weniger auf Verbote. Alle Verkehrsmittel haben für uns ihre Berechtigung. Wir setzen auf einen ausgewogenen, dem Bedarf entsprechenden Mix.
- Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und eine individuell zu sehende **Work-Life-Balance** hat für uns hohe Priorität. Vielfältige, verlässliche Betreuungsangebote, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind für uns eine Grundvoraussetzung.
- Wir wollen den **Erhalt eines vielfältigen und begabungsgerechten Schulsystems**. Nur wenn die Bildungsvielfalt erhalten bleibt, werden wir auch eine Qualitätsverbesserung erreichen. Dabei spielt für die spätere Entwicklung des Kindes die richtige Auswahl aus dem vielfältigen Bildungsangebot eine wesentliche Rolle. Daher ist es wichtig, dass die Kommunen regional abgestimmte, vielfältige Angebote vorhalten, um mit einem breiten Spektrum sämtliche Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abdecken zu können
- Die FDP fordert den Ausbau von **Online-Bürgerbeteiligungen** mit dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger zu in Räten und im Kreistag

zu treffenden Entscheidungen sich von zuhause aus einfach informieren und beteiligen können.

- Wir setzen uns dafür ein, dass **neue Formen der Bürgerbeteiligung** vor wichtigen Entscheidungen etabliert werden. Eine Möglichkeit sehen wir in Bürgerräten, in denen repräsentativ ausgeloste Bürgerinnen und Bürger eine Stimme erhalten.
- Wir wollen die **Transparenz der Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte sowie des Kreistages verbessern**. Deshalb sollten Sitzungen in Wort und Ton von allen Bürgerinnen und Bürgern über Internetportale (**Streaming**) verfolgt werden können.
- Wir setzen auf mehr **Stadt-Umland-Kooperationen auf Augenhöhe**. Wir sehen immer wieder, dass kommunale Grenzen Planungen erschweren oder begrenzen. Warum nicht einmal gemeinsam Baugebiete oder Gewerbegebiete ausweisen?
- Wir wollen die **Krise in der Innenstadt** nutzen, um Veränderungen mitzugestalten. Private Initiativen sind zu fördern. Wir Freien Demokraten wollen unseren Teil dazu beitragen, damit die Innenstadt zu einem vielfältigen Erlebnisraum wird.

I Wirtschaft - Start-Up - Einzelhandel

Die Lüneburger Wirtschaft ist geprägt durch Handwerk, Industrie, Einzelhandel, Gastronomie, Gewerbe und mittelständische Unternehmen. Sie bieten vielfältige Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, diesen Betrieben **Rahmenbedingungen** zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, **gut und nachhaltig zu wirtschaften**. Ausreichend **Gewerbeflächen** (evtl. gemeinsam mit umliegenden Kommunen), schnelle und **unbürokratische Antragstellung und Genehmigung**, effiziente **Beratungen** sollen sie dabei unterstützen. Wir wissen, dass der **Fachkräftemangel** ein nicht zu vernachlässigendes Problem auch in Lüneburg darstellt. Hier wollen wir durch die Stärkung der lokalen Infrastruktur die **weichen Standortfaktoren** verbessern. Dazu gehören aus unserer Sicht vor allen Dingen Kultur- und Freizeitangebote, die Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsangebote, Bildungs- und Betreuungsangebote, Einzelhandel mit regionalen Produkten, moderne Gastronomiekonzepte, sowie die Erhaltung der Lüneburger Innenstadt in all ihrer Schönheit.

In der Corona-Krise hat besonders die **Lüneburger Innenstadt** gelitten. Die hier längst überfällige Transformation wollen wir mitgestalten, indem wir z. B. private Initiativen fördern, die Innenstadt zu einem Erlebnisraum mitgestalten, Aufenthalts- und Verweilflächen für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen, Start-Ups und neue Formen von Einzelhandelsgeschäften (z.B. **Pop-Up-Stores**) unterstützen. Wir sehen gerade hierin eine der Kernaufgaben der Lüneburger Marketing Gesellschaft die wir entsprechend unterstützen werden.

Immer wieder wird diskutiert, Lieferverkehre aus der Innenstadt herauszuhalten bzw. nur Fahrzeuge mit emissionsfreien oder -armen Antrieb die Einfahrt zu erlauben. Dieser Trend ist wahrscheinlich nicht mehr aufzuhalten. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass ausreichend lange Übergangsfristen gerade für Handwerker festgelegt werden, so dass die Betriebe ihre Fahrzeuge im Rahmen ihrer Möglichkeiten den neuen Vorgaben anpassen können.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Kommunen Unternehmen bei Gründungen und Erweiterungen (Skalierungen) zur Seite stehen. Wir

wollen deshalb die kommunale **Wirtschaftsförderung stärken**. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die **Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen verbessert** werden. Neben einer lückenlosen Versorgung mit Glasfaser- und Mobilfunk-Netz gehört hierzu auch die Straßen-, Wasserstraßen, Autobahn- und Schieneninfrastruktur. Ferner muss unnötige Bürokratie dringend abgebaut werden. Insbesondere neu gegründete Firmen müssen unkompliziert die Unterstützung erhalten können, die sie benötigen. Dabei sollten unnötige Behördengänge der Vergangenheit angehören. Unser Ziel ist es, dass junge kreative und engagierte Menschen ihr Unternehmen in Lüneburg und Umgebung gründen und nicht bei erster Gelegenheit in Großstädte wie Hamburg oder Berlin abwandern.

Wir Freie Demokraten wollen auch die Kommunen selbst **von der überbordenden Bürokratie befreien**, die sie in ihrem eigenen Handeln erfüllen müssen. Insbesondere die Vorgaben bei der Ausweisung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie die immer komplexeren rechtlichen Vorgaben im Vergaberecht führen dazu, dass selbst leistungsfähige Kommunen der Ausbau ihrer Infrastruktur und der Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht mehr in angemessener Zeit umsetzen können. Zudem führen die immer komplexeren rechtlichen und tatsächlichen Vorgaben zu massiven Mehrausgaben. Planungs- und Vergabeleistungen können heute oft nur noch ganz oder teilweise externe Berater umsetzen.

Wir Freie Demokraten wollen die Gewinnung von Fachkräften durch **ein besseres Angebot im Bereich der Kinderbetreuung** unterstützen. Wir wollen daher Unternehmen bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten zur Seite stehen.

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass Kommunen mithilfe ihrer übergeordneten Position die Einrichtung von betriebsübergreifenden Kinderbetreuungsangeboten unterstützen und koordinieren, was vor allem Kleinunternehmen zugutekommt.

Wir wollen den **Wandel in der Arbeitswelt** auch bei den kommunalen Arbeitgebern gestalten. Die Arbeitswelt befindet sich in einem – auch durch die Corona-Pandemie - stark beschleunigten Wandel. Gerade die Digitalisierung sorgt dabei für weitreichende Veränderungen: Neue Berufsbilder und Geschäftsmodelle entstehen, während die Bedeutung anderer nachlässt. Arbeitsabläufe, Supervising und Controlling verändern sich. Die

Weiterbildungsangebote müssen diesem Wandel angepasst werden. Zugleich steigt der Wunsch der Beschäftigten nach mehr Flexibilität und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Freizeitaktivitäten wie dem Ehrenamt. Die Verwaltung sollte bei neuen Arbeitsformen mit gutem Beispiel vorangehen und das Arbeiten von unterwegs oder aus dem **Home-office** ermöglichen. Starre Arbeitszeitmodelle sind, wo möglich, durch Vertrauensarbeitszeit zu ersetzen. Die Verwaltung soll eine moderne Arbeitgeberin sein.

II Bildung – Schule – Soziales

Bildung ist für uns Freie Demokraten ein **zentrales Bürgerrecht** und entscheidender **Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit**. Jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft das Recht auf ein bestmögliches Bildungsangebot.

Bildung umfasst neben der reinen Wissensvermittlung auch die Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, wie Freiheit, Demokratie, Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft.

Wir sprechen uns für ein **vielfältiges Angebot der Kinderbetreuung** und für Kindertagesstätten mit **Ganztagsbetreuung auch in Ferienzeiten** aus.

Wir wollen die **Trägervielfalt erhalten**. Wir sehen die Betreuung unserer Kinder nicht als eine reine Unterbringungsmöglichkeit während der Arbeitszeit der Eltern; wir sehen sie vielmehr als Chance zur Förderung der Entwicklung und des Lernens in einer kindgerechten Umgebung unter der Anleitung und der Obhut von Fachpersonal.

Wir lehnen eine Verantwortung des Landes für die Planung von Kindertageseinrichtungen ab. Wir vor Ort wissen besser, was wo notwendig ist. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass unsere Kinder in kleineren Lerngruppen in den Einrichtungen betreut werden. Die 3. Fachkraft muss endlich Standard werden.

Uns ist wichtig, dass alle Eltern ab Geburt des Kindes sowohl den Rechtsanspruch auf als auch einen tatsächlichen Platz in einer passenden Betreuungseinrichtung erhalten können. Das Wohl der Kinder ist für uns dabei ausschlaggebend – nicht die Wünsche der Eltern.

Dabei soll den Eltern die größtmögliche Wahlfreiheit geboten werden, um das richtige Betreuungsangebot für ihr Kind zu finden. Es gibt eine Vielzahl von Betreuungskonzepten und Trägern. Nur wenn ein vielfältiges Angebot vorhanden ist, kann für jedes Kind der beste individuelle Platz gewährleistet werden. Bürokratische Hürden, die die Schaffung privater Betreuungseinrichtungen erschweren, müssen daher abgebaut werden.

Wir wollen eine gute Qualität bei der Bildung und Betreuung unserer Jüngsten. In dieser Lebensphase wird die Grundlage für die zukünftige Entwicklung des eigenen Lebensweges gelegt.

Für uns steht die **Tagespflege** gleichberechtigt neben der Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten. Die Qualifizierung der hier Tätigen hat für uns eine hohe Priorität. Sie muss auf Freiwilligkeit beruhen und nicht auf

strengen hoheitlichen Vorgaben. Die Bezahlung muss der Qualifikation entsprechen.

Wir Freie Demokraten halten **verlässliche Betreuungsangebote an Grundschulen am Nachmittag** für notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Dabei hat nach unserem Konzept der eigenverantwortlichen Schule jeder Schulträger ein Ganztagsangebot an den Schulen oder in zumutbarer Erreichbarkeit vorzuhalten. Dies soll ausdrücklich auch in **Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Vereinen und Gruppen** möglich sein. Auch die **außer-schulische Ganztagsbetreuung** erfüllt dabei einen pädagogischen Anspruch und unterliegt der Aufsicht der für die Schulen zuständigen Regionalen Landesämter für Schule und Bildung und dem Kultusministerium. Der Ausbau der Grundschulen zu offenen Ganztagschulen kann allerdings eine Hortbetreuung nicht vollständig ersetzen. Insbesondere in den Schulferien und in Randzeiten sind verlässliche Betreuungsangebote wichtig. Eltern sollten die Wahlmöglichkeit haben, die Ganztagschule durch eine beitragspflichtige Hortbetreuung zu ergänzen.

Wir setzen uns für mehr Flexibilität bei der Zubuchung von Randbetreuungs- und Hortzeiten ein. Unsere Arbeitswelt ist oft von mehr oder weniger intensiver Projektarbeit geprägt, so dass Eltern mal früher, mal später ihren Berufstag beenden können. Diesem Umstand wollen wir mit flexiblen Betreuungsmöglichkeiten Rechnung tragen.

Wir sehen uns in der Verantwortung, den während der Corona-Krise gestarteten **Digitalisierungsprozess** in unseren Schulen weiter voranzubringen.

Da für die technische Ausstattung der Schulen der Landkreis und die Hansestadt Lüneburg zuständig sind, werden wir uns in diesem Bereich vordringlich engagieren. Dazu bedarf es zusätzlicher Hilfen für die Schulen besonders im personellen Bereich der **IT-Administration** und des **Datenschutzes**.

Nach dem Ende der Lernmittelfreiheit bieten die meisten Schulen ihren Schülerinnen und Schülern an, die nötigen Lernmittel und Bücher gegen Zahlung eines moderaten Entgelts zu leihen.

Das Lernmittel-Angebot möchten wir um **digitale Endgeräte** mit den aktuellen Fördermitteln erweitern. Wir wollen das jahrelang erprobte und subventionierte System nutzen, um den Schülern, die privat keine entsprechenden Geräte nutzen oder sich leisten können, unkompliziert und günstig die Geräte zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen jedem Kind die Möglichkeit eröffnen, eine Regelschule zu besuchen. Wir erkennen aber leider, dass das zukunftsweisende Konzept der **Inklusion** noch nicht zum individuellen Wohl aller Kinder und Jugendlichen mit all ihren unterschiedlichen Begabungen umgesetzt werden kann. Wir sprechen uns deshalb für den Erhalt der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen (Johannes-Rabeler-Schule) aus, solange die Landesregierung dies ermöglicht.

Wir sprechen uns für die **Beibehaltung der Schulsozialarbeit** an allen Schulformen in der Stadt und im Landkreis aus. Gerade zur Aufarbeitung der Folgen des Lockdowns im Schulbereich erkennen wir hier einen **zusätzlichen Bedarf**. Wir sehen es als vordringliche Aufgabe des Landes an, mehr Stellen an Schulen zu schaffen und Personal einzustellen. Solange das nicht geschieht, werden wir uns dafür einsetzen, dass Stadt und Kreis entsprechende Stellen mitfinanzieren oder finanzieren.

Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Für uns sind **Museen, Theater** und unsere **Volkshochschule** Bildungseinrichtungen, die wir unterstützen und erhalten wollen. Gerade unsere Volkshochschule werden wir bei der Entwicklung neuer, digitaler Unterrichtsangebote unterstützen.

Aufgrund des demografischen Wandels und der Entwicklung zu einer Gesellschaft des längeren Lebens muss die Politik dem Wunsch vieler Menschen Rechnung tragen, auch in hohem Alter selbstbestimmt handeln zu wollen und sich selbständig im öffentlichen und privaten Raum bewegen zu können. Daher spricht sich die FDP für **altersgerechtes Wohnen und Mehrgenerationenwohnen** aus. Zudem begrüßen wir das Angebot verschiedener Träger für stationäre, teilstationäre und ambulante Pflege in der Hansestadt und im Kreisgebiet und befürworten einen fairen Wettbewerb zwischen den Trägern.

Die FDP setzt sich für die **Rechte und die Teilhabe behinderter Menschen** im Alltagsleben und für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen in Stadt und Landkreis Lüneburg ein. In den Städten und Gemeinden im Landkreis Lüneburg ist mehr Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringerem Einkommen notwendig. Daher ist die Schaffung von **zusätzlichen Wohnungen** aufgrund der hohen Nachfrage geboten. Ein Verbot des Baus von Einfamilienhäusern lehnen wir ab.

Der Landkreis hat die Aufgabe, im Zusammenwirken mit den Kommunen und allen öffentlichen und privaten Akteuren des Wohnungsmarktes koordinierend tätig zu werden. Dabei sind Bund und Land gefordert, zusätzlich Mittel

für den sozialen Wohnungs-bau zur Verfügung zu stellen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen erheblich verbessert werden, z.B. durch steuerliche Erleichterungen und die Reduzierung von kostentreibenden baurechtlichen Vorschriften.

Ein weiterer Eckpfeiler der sozialen und gesellschaftlichen Infrastruktur in Hansestadt und Landkreis Lüneburg sind die Bereiche des **Brand- und Katastrophenschutzes**, der technischen Hilfeleistungen und der rettungsdienstlichen Hilfe. Die Bewältigung dieser Aufgaben und die Bereitschaft, zum Wohle und für die Sicherheit der Bevölkerung ehrenamtlich tätig zu sein, sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die ehrenamtlichen Helfer opfern vielfach ihre Freizeit, um an Einsätzen und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen zu können. Diese Bereitschaft muss aus Sicht der FDP weiter erhalten und gefördert werden. Zudem ist es notwendig, die Arbeit der **Feuerwehr** konkret zu unterstützen und zu finanzieren.

III Bürgerrechte – Beteiligung

Unsere Überzeugung ist es, dass Demokratie nur auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich ist. Als politischer Interessenvertreter verteidigen wir Ihre Rechte. Im Zuge der Digitalisierung bedeutet das insbesondere der Schutz auf informationelle Selbstbestimmung.

Die Digitalisierung ermöglicht es aber auch, dass **neue Beteiligungsformen** vor politischen Entscheidungsprozessen umsetzbar werden. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur dort wo es Gesetze vorschreiben Bürgerinnen und Bürger sich mit ihrer Kompetenz und mit ihren Interessen einbringen können. Wir wollen **Bürgerbeteiligung über digitale Plattformen** etablieren, so dass alle von zuhause aus teilnehmen können. Das bedeutet nicht nur ein Zusehen und Zuhören, sondern die aktive Teilnahme mit Fragen und Diskussionsbeiträgen.

Wir wollen mehr Bürgerinnen und Bürger motivieren sich politisch zu engagieren und einzubringen, z.B. über repräsentative **geloste Bürgerräte**, die zu bestimmten Themen vom Rat oder Kreistag einberufen und beratend tätig werden.

Wir wollen es ermöglichen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger sowohl aktiv als auch passiv an Gremiensitzungen teilnehmen können. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sitzungen nicht vor 17 Uhr beginnen.

Unser Ziel ist es auch, dass Sitzungen über Internetplattformen in Bild und Ton übertragen werden (**Streaming**), so dass alle sie verfolgen können.

Die für die Corona-Pandemie geschaffene Möglichkeit, Sitzungen von Räten und ihren Gremien auch rein digital oder hybrid durchzuführen, soll auch nach der Pandemie weiterhin zur Verfügung stehen.

Wir unterstützen Bürgerbegehren und daraus resultierende Bürgerentscheide, auch wenn die Themen nicht unseren politischen Überzeugungen entsprechen.

IV Digitalisierung – E-Government

Wir sehen die Digitalisierung als eine der herausragenden Aufgaben für unsere Zukunft an.

Wir wollen eine **schnelle Datenanbindung für alle** Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in den ländlichen Gegenden unseres Kreises, sondern auch in allen Teilen der Städte. Wir setzen uns für den lückenlosen Ausbau eines Glasfaser- und Mobilfunknetzes ein. Eine gute Verbindung zum Internet ist für uns Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Wir wollen Glasfaser nicht nur an jeder Milchkanne, sondern in jedem Haushalt, jeder Schule, jedem Büro und jedem Industrie- und Gewerbegebiet. Diesem Anspruch muss auch die Bauleitplanung vor Ort gerecht werden. Entsprechende Infrastruktur ist bei jedem Bebauungsplan zu berücksichtigen. Wir fordern die Verwaltung auf, bei jedem neuen Vorhaben die Netzanbindung zu berücksichtigen. Die digitale Infrastruktur stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Durch den konsequenten Glasfaserausbau sollen Anreize für neue Gewerbe- und Betriebsansiedlungen geschaffen werden. Hierbei müssen wir bereits die Standards von Morgen im Blick haben.

Die sich dann für uns alle ergebenden Möglichkeiten sind enorm: Noch **besseren Bürgerservice** dadurch, dass alle Anträge und Informationen digital von zuhause aus beantragt und erteilt werden können und so der Behörden-gang zur Ausnahme wird. Wir wollen **die Digitalisierung in den Verwaltungen** weiter voranbringen. Genehmigungsverfahren in den Verwaltungen können dann schneller bearbeitet und entschieden werden. Der Gang zum Amt muss zur Ausnahme werden. Und das alles spart Arbeitszeit, Papier und Energie. Gleichzeitig ermöglicht es mehr Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern ihre Arbeit im **Homeoffice** zu erledigen.

Bei all den Vorteilen, die die Digitalisierung uns bringt, erkennen wir auch, dass weder die digitale Antragstellung noch die Telearbeit zur Pflicht werden darf.

V Urbanes Leben – Kultur – Freizeit

Wir Freie Demokraten streben nach einer Abkehr von der einseitigen Nutzung der Innenstadt für den Einzelhandel. Neben der wichtigen Funktion für Handel und Wirtschaft sollte unter anderem auch das Wohnen eine zentrale Rolle einnehmen. Wir sind der Überzeugung, dass dem „Ladensterben“ und dem damit verbundenen teilweise fortschreitenden Verfall der **Innenstädte** vor allem mit einer Veränderung der bestehenden Strukturen entgegengetreten werden kann.

Die Stadt als regionales Einkaufszentrum hat teilweise bislang der Funktionalität die Aufenthaltsqualität untergeordnet. Gerade hat in Lüneburg die Transformation der Innenstadt begonnen. Diesen Prozess werden wir aktiv und kritisch begleiten. „**Handel(Gastronomie)-Wohnen-Sozialer Begegnungsraum**“ ist unser Bild der modernen Innenstadt und gibt Jung und Alt ein urbanes Lebensgefühl.

Wir setzen uns für eine längerfristige und nachhaltige Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Kommune ein. Wir wollen die **Innenstadt als Forum der Begegnung** stärken. Spielplätze für jedes Alter oder qualitativ hochwertige Aufenthaltsmöglichkeiten ohne Verzehrpflicht (**nichtkommerzielle Verweilorte**) sind in der Innenstadt kaum vorzufinden. Wir wollen das Ändern und die Innenstadt zu einem Begegnungsort für Jung und Alt machen. Vielfach gibt es für bestimmte Bevölkerungsgruppen jenseits des Einkaufs keinerlei Anziehungspunkt in der Innenstadt. Die Einrichtung von innerstädtischen **Erlebnisplätzen für unterschiedliche Generationen** (Wasserspiele, Spielplätze, Pétanque, Meeting-Points) sind geeignete Maßnahmen zur Schaffung solcher Anziehungspunkte. Für uns ist ein flächendeckendes kostenfreies **WLAN-Angebot** dabei genauso wichtig wie die Möglichkeit des **Ladens** von Digitalgeräten im öffentlichen Raum.

Ein Bewegen im öffentlichen Raum muss bei Erhalt der teils historischen Bodenpflasterung auch für Personen mit Kinderwägen, Rollatoren oder anderen Fußgängern bequem möglich sein. Wir erkennen es als notwendig an, den Bodenbelag des Lüneburger Marktplatzes ähnlich wie die Bardowicker Straße aufzuarbeiten.

Wir Freie Demokraten sehen die Unterstützung **von inhabergeführten Geschäften** in der Innenstadt als eine Kernaufgabe. Hierbei gilt es seitens der Politik Rahmenbedingung zu schaffen, in denen die Einzelhändlerinnen und -händler ihre Stärken wie Kundenkontakt und Kundenbindung entfalten

können. Inhabergeführte Geschäfte tragen in ihrer Gesamtheit maßgeblich zum Charakter und zur Attraktivität der Innenstadt bei.

Wir möchten unseren innerstädtischen Plätzen eine eigene unverwechselbare Identität verleihen, die sie zu echten Sehenswürdigkeiten auf dem Stadtplan machen.

Wir Freie Demokraten wollen die Belebung der Innenstädte vorantreiben, indem wir Institutionen mit entsprechendem Publikumsverkehr in die Innenstadt holen. Musik, Theater, und andere öffentliche Institutionen sind häufig außerhalb der Innenstadt. Ein (partieller) Umzug in die Innenstadt sorgt für mehr Publikum in den Innenstädten. Hierzu muss das jeweilige Verkehrskonzept angepasst werden. Mehr Publikum bedeutet mehr Nutzer des ÖPNV und mehr Bedarf an Rad- und PKW-Plätzen.

Wir möchten den innerstädtischen Einzelhandel ermutigen, neue Wege im Verkauf zu gehen. Pilotprojekte zur Lieferung von Waren an einen P&R-Parkplatz möchten wir initiieren. Niemand hat Lust für einen längeren Einkauf mehrere Taschen durch die Stadt zu schleppen. Möglich wäre die Lieferung der Waren durch die Einzelhändlerinnen und -händler oder einen Dienstleister an den P&R-Parkplatz, oder bei Bestellung über eine City-App auch an die Haustür.

Wir Freie Demokraten erachten die **Nachverdichtung** als geboten und sinnvoll an, werden hierbei dem Quartierscharakter aber jederzeit Rechnung tragen. Auch die Kapazitäten der Infrastruktur müssen durch das steigende Verkehrsaufkommen beachtet und Verkehrskonzepte entsprechend angepasst werden. Die **Wohnungsknappheit** führt mancherorts zu einem derartigen Druck, dass es bei Nachverdichtungen nur noch um die Maximalnutzung des vorhandenen Raumes geht. Die Gefahr großer und dauerhafter negativer Folgeschäden durch eine dem Quartier nicht angemessene Nachverdichtung muss städtebaulich jederzeit mitbedacht werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung eines **digitalen Baulücken- und Potenzialflächenkatasters** ein. Planungsrelevante Daten, Kartenwerke, Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Raumordnungsprogramme sollen in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Die Beschaffung, Auswertung und auch die Archivierung in Papierform ist nicht mehr zeitgemäß und verlangsamt Planungsprozesse.

Wir Freie Demokraten setzen beim **Wohnungsbau** auf **bedarfsgerechte Modelle** statt auf Verbote. Wir möchten Rahmenbedingungen setzen, die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen

ermöglichen – von der Single-Wohnung, über das Appartement bis zum Einfamilienhaus mit Garten muss weiter alles möglich sein. Wir wollen, dass individuelle Träume der Menschen erreichbar bleiben. Darüber hinaus sprechen wir uns für mehr Mut in der Bauplanung aus. **Tiny Houses, ökologische Bauformen** und **spektakuläre Architektur** sollte man nicht nur im Ausland bestaunen dürfen. Ein breites Wohnraumangebot in allen Segmenten ist das beste Mittel gegen stetig steigende Mieten und Kaufpreise und würde zweifelhaften politischen Instrumenten wie der Mietpreisbremse vorbeugen. Wir Freie Demokraten setzen uns für innovative Bauvorhaben, besonders auch in Neubaugebieten, ein. Bauen mit innovativen Materialien oder auch Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ermöglicht oft ein innovatives Baukonzept. Viele Bebauungspläne werden mit gestalterischen Auflagen belegt, die den Einsatz von innovativen Materialien blockieren. Wir wollen örtliche Gestaltungsvorgaben von Fragen des persönlichen Geschmacks befreien und auch eine offenere Gestaltung von Gebäuden zulassen. Dementsprechend setzen wir uns auch für eine regelmäßige Überprüfung der kommunalen Bausatzungen ein.

Die Kultur in Stadt und Landkreis Lüneburg leistet einen wesentlichen **Beitrag zur Lebensqualität** vor Ort und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Die FDP setzt sich dafür ein, das **kulturelle Angebot in finanziell schwierigen Zeiten zu bewahren und weiterzuentwickeln**.

Dazu gehört die Unterstützung der verschiedenen Museen sowie der ehrenamtlichen kulturellen Vereine und Initiativen in den Städten und Gemeinden des Landkreises. Es gehört zu den Aufgaben der kommunalen Kulturpolitik, die zahlreichen kulturellen Angebote und Initiativen noch besser zu vernetzen und bekannt zu machen. Dabei sollte eine Zersplitterung des Angebots verhindert und die Möglichkeit einer stärkeren Kooperation geprüft werden. Wir Freie Demokraten betonen die besondere Bedeutung des **Theaters Lüneburg** für die regionale Kulturlandschaft und stehen zur Finanzierung des Theaters durch Landkreis und Kommunen. Die FDP hält eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und eine angemessene Unterstützung des Landes Niedersachsen für notwendig. Das Land Niedersachsen muss das Theater Lüneburg stärker als bisher finanziell unterstützen und das ungerechte System der Theaterförderung auf Landesebene beenden. Während die Landestheater in Hannover und Oldenburg weitreichend vom Land gefördert werden,

erhält das Theater Lüneburg trotz hoher Qualität und Akzeptanz in der Region eine deutliche geringere Landesförderung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Treffpunkte (Clubs, Discotheken) für junge Menschen wieder entstehen.

Wir wollen die Vielfalt privater und öffentlicher Angebote bewahren, städtische Standortfaktoren wie das reichhaltige Musikleben für Jung und Alt, die lebendige Szene von bildender Kunst und Literatur sowie die attraktive Museumslandschaft erhalten und fördern.

Aufgrund des coronabedingten Lockdowns gab es im Jahr 2020 und 2021 so gut wie keine **kulturellen Veranstaltungen** in unserem Kreis. Die Existenzen von Kulturschaffenden und Veranstaltungsbetrieben ist dadurch bedroht. Um ihnen einen leichteren Start zu ermöglichen, werden wir uns dafür einsetzen, die **Vergnügungssteuer** für Veranstaltungen im Jahr 2022 und 2023 auszusetzen.

Eine gute Lebensqualität ist auch abhängig von der uns möglichen Mobilität. Wir wollen, dass die Bürger und Bürgerinnen in Stadt und Kreis individuell das **Verkehrsmittel** auswählen können, das am besten zu ihren Bedürfnissen passt.

Wir wollen dazu das **Angebot im ÖPNV ausbauen**. Dazu gehören vor allen Dingen eine bedarfsgerechte Linienführung der Busse und angepasste Taktzeiten, die einen echten Umstieg vom Auto auf den Bus ermöglichen. Wir setzen uns für moderne Busse mit emissionsfreien Antrieben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Bussen moderne digitale Bezahlsysteme genutzt werden können. Der mit Bargeld zu bezahlende Fahrschein darf dabei nicht wegfallen.

Wir Freien Demokraten lehnen das Ziel einer pauschalen autofreien Stadt ab. Wir setzen nicht auf eine einseitige Benachteiligung des PKW. Die zunehmende **Streichung von Parkplätzen** in innenstadtnahen Gebieten sehen wir kritisch. Vielmehr möchten wir mit Anreizen Bürgerinnen und Bürger animieren, für Fahrten in die Stadt das Auto häufiger stehen zu lassen.

Wir Freien Demokraten wollen ein **P&R-System** etablieren. Günstige oder kostenlose Stellplätze sowie Transfers in die Innenstadt sollen zur Akzeptanz von P&R beitragen. P&R-Systeme tragen einen Teil zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs bei.

Wir wollen überprüfen, wo in der Straßenführung die Potenziale für partielle Einbahnstraßenregelungen gegeben sind, um die Aufenthaltsqualität der Innenstadt punktuell zu stärken.

Wir wollen die Sicherheit und Bequemlichkeit des Fahrradverkehrs verbessern durch einen **Ausbau der Radwegeverbindungen, Abstellanlagen in der Stadt** in Nähe der Einkaufsmöglichkeiten und die Optimierung der Radwegführung. Wo möglich wollen wir den Verkehrsraum als „**shared spaces**“ (gemeinsame Nutzung von Fußgängern, Fahrradfahrern und Autos) gestalten. Mit unseren Maßnahmen wollen wir erreichen, dass mehr Menschen ihr Auto zuhause stehen lassen können und mit Bussen oder dem Fahrrad ihre täglichen Wege erledigen. Dabei setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf Angebote.

Aus dem Westen Lüneburgs fahren mehr und mehr Menschen mit dem Auto zu den Gewerbegebieten im Osten Lüneburgs, zum Bahnhof oder zur A 39. Eine westlich Lüneburgs gelegene zusätzliche Umfahrung wird notwendig sein um die anstehenden Verkehrsprobleme zu lösen (z.B. Ringverbindung zwischen den Ausfallstrassen). Ein **Ausbau von Radwegeverbindungen** und die **Ausweitung des Bus-Angebots** können hier kurzfristige Verbesserungen erzielen.

Eine Erhöhung von Parkgebühren zum Zweck der Zurückdrängung des Autoverkehrs oder die Umwandlung von bisher gebührenfreien in gebührenpflichtige Parkplätze lehnen wir ab.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die vorhandenen Gleise nach Hamburg und Hannover bevorzugt vom **Schienenpersonenverkehr** genutzt werden. Güterzüge halten fast nie in Lüneburg. Es muss uns gelingen, diese Züge auf andere Schienentrassen umzuleiten. So bleibt mehr Platz für den Personenverkehr und die Lärmbelästigung für die Anwohner der jetzigen Strecke sinkt gewaltig. Nach wie vor bevorzugen wir den Neubau einer Bahntrasse entlang der A 7.

Wir befürworten nach wie vor den Bau einer **Elbbrücke**. Die Weichen haben wir dafür in der ablaufenden Wahlperiode gestellt. Mit dem Planfeststellungsverfahren verfolgen wir das Ziel endlich einen Entwurf und einen validen Kostenrahmen für das Projekt Elbbrücke zu erhalten. Das ist das wesentliche Vehikel, um auch an Fördermittel von Land und Bund zu gelangen. Dabei weisen wir aber auch in aller Deutlichkeit darauf hin, dass uns die aktuelle Finanzsituation in allen Bereichen, von Hannover über Berlin nach Brüssel, bewusst ist. Zudem darf die Elbbrücke nicht erneut eins werden: Ein politischer Spielball für Stimmenfang im Osten unseres Landkreises. Insoweit haben wir regelmäßig Auskunft verlangt, wie es um die Werbung von Fördermitteln für das Projekt steht. Wenn diese nicht glaubhaft in Aussicht gestellt

werden, schulden wir den Bürgerinnen und Bürgern die Ehrlichkeit zu sagen, dass der Landkreis Lüneburg das Projekt Elbbrücke nicht finanzieren kann und wird. Daher bleibt unser Fahrplan in Sachen Elbbrücke: Ehrlichkeit im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie das Planfeststellungsverfahren abschließen, um glaubhaft für Fördermittel werben zu können. Kurz gefasst heißt das: Ohne Ehrlichkeit und Fördermittel ist die Elbbrücke nur ein politischer Spielball.

VI Klima – Regionalität – Nachhaltigkeit

Der Landkreis Lüneburg ist geprägt durch seine Naturlandschaften sowie durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und Wohnen und Arbeiten in den Städten und Gemeinden. Für uns Freie Demokraten sind der **Erhalt dieses Landschaftsbildes und die Bewahrung der Kulturlandschaft** ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns für ein ausgewogenes Verhältnis von wirtschaftlicher Entwicklung der Region und dem Schutz von Landschaft und Natur ein.

Wir verfolgen das Ziel, die **weitere Zersiedelung der Landschaft zu verhindern** und **unzerschnittene Räume für die Naherholung und den Naturschutz** im Landkreis zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung der Hansestadt Lüneburg und die angrenzenden Gemeinden, die sich in den letzten Jahren räumlich erheblich ausgedehnt haben.

Das Land und die Natur sind wichtige Lebensgrundlagen von uns Menschen. Der **Erhalt landwirtschaftlicher Familienbetriebe** muss dauerhaftes Ziel sein, um neben der notwendigen qualitativ hochwertigen Lebensmittelproduktion den Erhalt der offenen Landschaft, der Sozialstruktur in den Dörfern und Stadtteilen Lüneburgs und insgesamt der Kulturlandschaft zu sichern. Diese Leistungen der Landwirtschaft für das Allgemeinwohl müssen stärkere Beachtung und Wertschätzung erfahren. Das stärkt das Eigentum und die Betriebe in generationsübergreifender Verantwortung für Land und Umwelt.

„Stadt, Land, Datenfluss!“ Der wettbewerbsfähige Ausbau der Infrastruktur für Verkehr, Information, Bildungs- und Kultureinrichtungen wird dazu notwendig werden, um der zunehmenden Landflucht und der verdichteten Bebauung in den Städten entgegenzuwirken.

Die bäuerliche Struktur erreicht eher eine nachhaltigere Nutzung in sozialer und ökologischer Verantwortung als kapitalbestimmte Unternehmen.

Dadurch werden die Wirtschaftskraft und der Mittelstand auch im ländlichen Raum gestärkt und zusätzlich bleibt den Menschen eine naturbestimmte, von Menschen gepflegte Landschaft für Erholung und Freizeit erhalten.

Wir Freie Demokraten lehnen **Klimanotstandsbeschlüsse** kommunaler Vertretungen ab. Wir sehen in der Herbeiführung eines Klimanotstandsbeschlusses zunächst einen symbolischen Akt, der noch keinerlei substanzielle

Verbesserung hinsichtlich des Klimawandels bringt. Darüber hinaus ist die Unterordnung aller Problemfelder unter das Thema Umwelt und Klimaschutz nicht zu rechtfertigen, da es wichtige kommunale Handlungsoptionen behindert. Auch die kommunale Ebene muss in den europäischen Handel mit Verschmutzungs- bzw. Emissionszertifikaten eingebunden werden, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den **Schutz der Gewässer** im Landkreis Lüneburg, insbesondere von Ilmenau und Elbe, und einen wirksamen **Hochwasserschutz** ein. Dazu gehört unter anderem auch der Rückschnitt des Aufwuchses zwischen den Deichen an der Elbe bei Hochwasserereignissen.

Wir setzen uns dafür ein, dass mit einem aktiven und ideologiefreien **Wassermanagement** ein Ausgleich der Interessen von Privathaushalten, Industrie und Landwirtschaft erfolgt. Dazu sollen auch die Kapazitäten der Wasserversorgung bei Bedarf erhöht werden können. Gerade in den heißen, wasserarmen Sommermonaten kommt es vermehrt zu einem Interessenkonflikt im Wasserverbrauch. Absolute Priorität hat dabei die Versorgung mit Trinkwasser gefolgt von der Feldberegnung zur Erzeugung von Lebensmitteln.

Die **Klimaveränderungen** stellen uns vor große Herausforderungen. Wir wollen bei all unseren politischen Entscheidungen diese Veränderungen berücksichtigen. Wir wollen, dass Kommunen sich auf die geänderten Verhältnisse vorbereiten. Dabei setzen wir nicht nur auf präventive Maßnahmen zur Energieeinsparung und regenerativen Energieerzeugung, sondern auch auf mehr Beschattungen durch Bäume in den Kommunen, mehr Brunnen, mehr Grünflächen, Blühstreifen und -wiesen, mehr Aufforstung, Beschattung von öffentlichen Flächen und Buswartehäuschen, gezielte Entsiegelung von Parkflächen, Schul- und Kitaplätzen, Erhalt der Kaltluftentstehungsgebiete und -zufuhrschneisen in die Stadt, und den Erhalt des Grüngürtels im Westen der Stadt. Diese Aufzählung sehen wir nicht als einen geschlossenen Maßnahmenkatalog an, sondern als Anfang für einen Prozess mit noch vielen Erweiterungsmöglichkeiten. Der Klimaschutzplan der Hansestadt Lüneburg zeigt für uns die richtigen Ansätze und Maßnahmen auf.

Wurde in den letzten Jahren sehr stark über Bio-Landwirtschaft geredet, so tritt für uns immer stärker die Regionalität landwirtschaftlicher Produkte in den Vordergrund. Wir setzen uns daher dafür ein, sogenannte **“Local marketplaces”** aufzubauen und im Stadt- und Kreisgebiet einzurichten. Läden, die gemeinsam durch mehrere unterschiedliche regionale Anbieter beliefert und gemeinsam betrieben werden, bieten den Einwohnern und

Einwohnerinnen eine nachhaltige Einkaufsmöglichkeit, sichern die Existenz regionaler Unternehmen und verringern gleichzeitig die Kosten für die Anbieter. Wir sehen hierin auch eine Bereicherung der kommunalen Zentren. Die "lokalen Märkte" stärken gleichzeitig die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft im Landkreis. Wir Freien Demokraten wollen – auch wenn die Rahmenbedingungen in der EU festgelegt werden – die regionale Landwirtschaft unterstützen. Grund und Boden sind für die Betriebe und deren Familien Lebensgrundlage. Deshalb bearbeiten, pflegen und schützen sie unser Land ökonomisch, ökologisch und sozial, weil sie in Generationen denken. Basis dafür ist das Eigentums- und Erbrecht, ein in Artikel 14 Grundgesetz verankertes und garantiertes Grund- und Freiheitsrecht. Privates Eigentum ermöglicht Freiheit, gibt Raum für persönliche Entfaltung und unternehmerische Initiative.

Eigentum ohne Sozialbindung ist ebenso nicht vorstellbar. Wer über Grund und Boden verfügt, übernimmt Verantwortung, nicht nur für sich selbst, auch für die Familie, die Mitarbeiter, die Umwelt und damit für die Gesellschaft. Die betrieblichen Entscheidungen dienen zugleich dem allgemeinen Wohl, denn sie tragen dazu bei, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Holz und Energie langfristig zu sichern.

Die FDP setzt sich – die Notwendigkeit zeigt die Zeit der Pandemie deutlich – für die Stärkung des ländlichen Raums ein. Seine Wirtschaftskraft, die regionale Vielfalt sowie seine Bedeutung als Lebens- und Erholungsraum sind der FDP ein Anliegen. Es geht um den Erhalt und die Sicherung unserer Kulturlandschaft. Damit engagieren wir uns für den Schutz und die Stärkung privaten Eigentums. Das ist das Fundament für unternehmerische Initiative und die Basis für den Erhalt des ländlichen Raumes, zum Wohle aller.

Wir schätzen die Arbeit der **Landwirtinnen und Landwirte** sowie der **Waldbäuerinnen und -bauern**. Von überbordender Bürokratie sowie unnötigen Gesetzen und Verordnungen wollen wir sie befreien. Damit die Landwirtschaft und Forstwirtschaft in Deutschland eine Zukunft haben, setzen wir uns für Planungssicherheit für die Betriebe ein. Unsere Landwirtinnen und Landwirte produzieren zu höchsten Umwelt- und Tierwohlstandards. Sie sorgen dafür, dass Verbrauchern eine riesige Auswahl hochwertiger Nahrungsmittel auf Wochen- oder in Supermärkten und im Direktvertrieb zur Verfügung steht. Sie wollen ihre Betriebe an die kommende Generation weitergeben. Die natürlichen Ressourcen behandeln sie deshalb aus eigenem Antrieb mit größter Sorgfalt. Unsere Waldbäuerinnen und -bauern wirtschaften im

Gleichklang mit Ökonomie, Ökologie und Sozialverpflichtung für den Erhalt unserer vielfältigen Wälder. Sie produzieren ein hochwertiges und den einzigen erneuerbaren regionalen Rohstoff. Dabei tragen sie einen wertvollen Beitrag zur CO₂-Bindung, Trinkwasserschutz und Erholungskultur in Deutschland bei. Die Landwirtschaft und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsketten sind der wichtigste Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Vielfalt und den Bestand der **Insekten** ein. Es muss klar sein, was geschützt werden soll. Politik in Bund und Land hat hierfür bisher keine Grundlage geschaffen. Wirkungsvolle Maßnahmen setzen wir im Rahmen des Vertragsnaturschutzes um. Pflanzenschutzmaßnahmen, die unbedenklich für Insekten sind, sollen Landwirte ausführen können. Ob eine große Insektenbiomasse oder eine große biologische Vielfalt erreicht werden soll, ist ein Unterschied. Alle Ursache-Wirkungs-Pfade, die den Zustand der Insekten in ländlichen und städtischen Räumen beeinflussenden, müssen berücksichtigt werden. Wissen darüber fehlt bisher. Deshalb brauchen wir Forschung, bevor großflächig Maßnahmen umgesetzt werden. Bestehende erfolgreiche Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz müssen berücksichtigt werden. Eine Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen liefert wichtige Erkenntnisse für Verbesserungen.

Wir stehen zu dem Selbstverständnis in der Waldbäuerinnen und -bauern: „**Schützen durch Nützen**“. Nachhaltige Forstwirtschaft ist die bestehende Gesetzesgrundlage nach der die gute fachliche Praxis angewendet wird. Wir unterstützen den klimaresilienten Waldbau im Rahmen der wissenschaftlichen Erkenntnisse, beispielhaft an der Verwendung der Baumarten Douglasie und Roteiche. Vielfalt im Waldbau sichert zukünftige Erkenntnisse und erhält den Wald für die nächsten Generationen. Der Wald hat vielfältige Funktionen als Lebens- und Erholungsraum, Treibhausgassenke und Rohstofflieferant für eine moderne und innovative Holzwirtschaft. Die Holzwirtschaft sichert wichtige Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Nur wenn Bäume gepflanzt und geerntet werden, kann auch der CO₂-Speicher Wald bestmöglich funktionieren. Dafür müssen die Waldeigentümer den Wald eigenverantwortlich bewirtschaften. Bei zusätzlichem Naturschutz setzen wir auf den Vertragsnaturschutz.

Wir Freie Demokraten wollen die Umsetzung der europäischen **Naturschutzziele gemeinsam mit den Grundeigentümern und Naturnutzern** wie Landwirten, Waldbewirtschaftern, Jägern und Anglern gestalten.

Vertragsnaturschutz ist dafür das Mittel der Wahl. Einschränkungen der Bewirtschaftung lehnen wir ab. Die Auswahl von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen für Natura-2000-Gebiete zeigt, dass die Bewirtschafter über viele Generationen beim Naturschutz gute Arbeit geleistet haben. Die eigenverantwortliche Verfügung über das Eigentum hat zu diesen guten Ergebnissen geführt. Deshalb müssen Eigentümer- und Nutzerrechte geschützt werden. Dies gelingt durch die Kombination eines angemessenen Grundschutzes sowie freiwilligen Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Auch bei Kompensationsflächen etwa für den Straßenbau setzen wir auf Vertragsnaturschutz.

VII Sport - Gesundheit - Integration

Die sportlichen Angebote und die Mitwirkungsmöglichkeiten in Vereinen und Einrichtungen sind für die **Lebensqualität und Teilhabechancen** in Stadt und Landkreis Lüneburg von entscheidender Bedeutung. Unsere Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag zum **sozialen Zusammenhalt, zur Jugendförderung, zur Integration und zur Gesunderhaltung Menschen in unserer Stadt**. Die FDP hält dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in Stadt und Landkreis Lüneburg für unverzichtbar. Aus diesem Grund muss das Ehrenamt in den Vereinen und Verbänden im Kreisgebiet, sei es im sozialen oder sportlichen Bereich, weiter gefördert werden. Wir unterstützen weiterhin die Förderung der Übungsleiter.

Wir Freie Demokraten unterstützen die Sport- und Vereinsförderung, um die Leistungsfähigkeit unserer Vereine zu erhalten, z.B. durch die **Förderung von Bau- und Investitionsmaßnahmen**. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Sportvereine keine Benutzungsgebühren für die kommunalen Sportstätten zahlen müssen.

Für die Stadt Lüneburg wollen wir die Erarbeitung dieses **Sportentwicklungsplans** so schnell wie möglich abschließen. Politische Entscheidungen mit weitreichenden finanziellen Folgen müssen auf der Grundlage von Daten und Fakten getroffen werden, um Maßnahmen zielgerichtet ausführen zu können (z.B. Outdoor-Fitness für alle Generationen).

Für die Freien Demokraten muss die medizinische Regel- und Notfallversorgung im Landkreis Lüneburg für alle Bürgerinnen und Bürger sichergestellt und schnell erreichbar sein. Entscheidend sind dabei die Vielfalt und eine hohe Qualität des Angebotes. Wir wissen, dass dazu in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen notwendig sind. Wir bekennen uns zum Städtischen Klinikum und den verschiedenen Kliniken in Lüneburg und setzen uns eine **verbesserte Verzahnung zwischen ambulanten, stationären und pflegerischen Angeboten** ein. Zudem halten wir eine flächendeckende Haus- und Facharztversorgung im Kreisgebiet für erforderlich. Den Ausbau der Telemedizin unterstützen wir.

Wir Freie Demokraten stehen seit jeher für **Offenheit und Toleranz** sowie für Freiheit und Menschenrechte weltweit ein. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland Schutz finden können.

Ohne das überwältigende Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei der Betreuung der Flüchtlinge wäre die Bewältigung dieser Herausforderung auf kommunaler Ebene nicht möglich gewesen. Die Kommunalverwaltungen sind daher weiterhin in der Pflicht, die Ehrenamtlichen nach Kräften professionell zu unterstützen und die Arbeit der vielen privaten Initiativen zu koordinieren.

Wir streben eine Integration nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ an. Wir wollen **von einer Willkommenspolitik zu einer Weiterkommenspolitik** kommen. Von besonderer Bedeutung ist die Vermittlung der deutschen Sprache, die Integration von Kindern und Jugendlichen in das Betreuungs- und Schulsystem und der Zugang zum örtlichen Arbeitsmarkt.

Neben der Sprache sollte den Flüchtlingen von Beginn an auch die **freiheitliche Werteordnung des Grundgesetzes vermittelt** werden, zu der unter anderem Glaubens- und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Minderheitenschutz und das Gewaltmonopol des Staates gehören.

Wir setzen uns für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein. Die Bereitstellung von geeigneten Wohnmöglichkeiten kann nur im Zusammenwirken mit den Kommunen des Landkreises gelingen. Dazu muss der private und der öffentliche Wohnbau angemessen gefördert werden.

Wir Freien Demokraten werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Lüneburg die ihr vom Land Niedersachsen zugewiesene Anzahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden aufnimmt und in unsere Stadtgesellschaft integriert.

VIII Finanzen

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise hat die Finanzkraft der Kommunen und des Kreises deutlich geschwächt. Der Konjunkturereinbruch führt zu einem deutlichen Rückgang des Gewerbesteueraufkommens sowie der Einnahmen aus anderen Steuern.

Gerade jetzt werden Landkreis und Hansestadt sowie alle anderen Kommunen besonders bei der Unterstützung von Kunst, Kultur, Sport und Vereinen besonders gefordert.

Wir werden uns dafür einsetzen, die begrenzt zur Verfügung stehenden **Finanzmittel zielgerichtet einzusetzen**. Wir sehen die Wichtigkeit der Kultur, des Sports und des Vereinslebens für die Bürgerinnen und Bürger.

Trotz der angespannten Situation lehnen wir **Steuererhöhungen** ab. Das betrifft insbesondere die **Gewerbesteuer** und die **Grundsteuer**.

Die Konsolidierung der Haushalte wird eine zentrale Aufgabe unserer kommunalpolitischen Arbeit sein. Nachdem die Pandemie sowohl dem Haushalt des Landkreises als auch vielen Samtgemeinden und Gemeinden den nötigen Spielraum genommen hat, gilt es in der kommenden Wahlperiode jeden Euro zweimal umzudrehen. Dabei sehen wir vor allem Einsparpotential bei den freiwilligen Leistungen des Landkreises, die nicht selten das Einfallstor für parteipolitisch motivierte Projekte waren, dessen Nutzen aber in der Folge ausbleiben.

Das schärfste Schwert im Bereich der kommunalen Finanzpolitik ist die **Kreisumlage**. Hatten die Samtgemeinden und Gemeinden des Landkreises zu Beginn der ablaufenden Wahlperiode noch mehr als 50% ihrer Haushaltsmittel an den Landkreis abzutreten, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Prozentsatz phasenweise unter 45 % lag.

Gerade auch mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip finden wir es ein Gebot der Fairness, dass möglichst viel von den Mitteln, die die Samtgemeinden und Gemeinden erwirtschaften, auch dort verbleiben. Unser Ziel ist es daher unter Berücksichtigung der Beschlüsse, die in der ablaufenden Wahlperiode getroffen worden, die Kreisumlage nicht über dieses Maß zu erhöhen.

Kommunalpolitik fängt in der Gemeinde an und das muss auch unsere Finanzpolitik widerspiegeln.

Der Unterhalt der öffentlichen Straßen ist Aufgabe der Kommune. Anwohner haben mit den Erschließungsbeiträgen bereits für die Herstellung der Straße und Fuß- und Radwege bezahlt. Jährlich zahlen sie des weiteren

Grundsteuern. Wir werden uns wie auch in der Vergangenheit dafür einsetzen, die **Strassenausbaubeiträge (STRABS) abzuschaffen** und die bestehende Satzung außer Kraft zu setzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Bundesverfassungsgericht aufgetragene Neufassung der **Grundsteuer** vor Ort nicht dazu genutzt wird, die Einnahmen aus der Grundsteuer zu erhöhen.

Wir Freie Demokraten setzen uns die allgemeine Abschaffung der **Hundesteuer** zum Ziel. Zumindest wollen wir aber die derzeitigen Hundesteuersatzungen dahingehend ergänzen, dass Hunde aus den örtlichen Tierheimen im ersten Jahr nach der Anschaffung und Besuchs- und Therapiehunde grundsätzlich steuerbefreit sind. Als Freie Demokraten erkennen wir die wichtige Rolle, die Hunde für Einzelpersonen und Familien als Lebensbegleiter einnehmen, an. Wir betrachten Hunde nicht als Luxusgut und wollen mit der Abschaffung der Hundesteuer die Hundebesitzer von einer ungerechten finanziellen Belastung und hohen bürokratischen Aufwand befreien.

Wir lehnen sogenannte Bagatellsteuern ab. Daher fordern wir unter anderem die Abschaffung **der Jagdsteuer und der Vergnügungssteuer** (mit Ausnahme der Steuern auf Spielautomaten). Bagatellsteuern belasten die Bürgerinnen und Bürger, stehen dabei hinsichtlich des Ertrags und des Verwaltungsaufwandes aber in keinem Verhältnis. Durch die Abschaffung von bereits bestehenden Bagatellsteuern entlasten wir die betreffenden Bürgerinnen und Bürger vor Ort und ermöglichen gleichzeitig der Verwaltung einen effizienteren Einsatz der Personalkapazitäten.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, junge Menschen unter 27 nicht mit einer **Zweitwohnsitzsteuer** zu belasten. Wir möchten Studierenden und Auszubildenden ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie in der Studien- und Ausbildungsortswahl nicht bevormunden. Wir wollen die jungen Portemonnaies entlasten und sehen die Gelder besser in der örtlichen Gastronomie und der Kultur- und Freizeitgestaltung als in einer Steuer angelegt. Eine Zweitwohnsitzsteuer zur Sanierung kommunaler Haushalte zu Lasten der jungen Generation lehnen wir daher explizit ab.

Wir lehnen eine **Erhöhung kommunaler Parkgebühren** ab und prüfen eine andere Struktur und Berechnungsgrundlage dieser. Eine Erhöhung von kommunalen Parkgebühren würde vor allem dem durch die Corona-Krise ohnehin stark belasteten Einzelhandel schaden. Dies wollen wir verhindern und durch niedrige Parkgebühren die Hemmnisse für einen Besuch in der

Innenstadt abbauen. Der Umstieg vom PKW hin zu Bussen und Fahrrädern muss über andere Anreize geschehen.

Wir Freie Demokraten wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten in die Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig tätigen. Dazu zählen für uns insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Für Investitionen schlagen wir vor **auch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)** ergebnisoffen zu prüfen. ÖPP Projekte sind für uns denkbar, wenn sie demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen. Schon jetzt ist der kommunale Investitionsstau groß. Es ist unsere Ansicht, dass ein Aufschieben von wichtigen und notwendigen Investitionen am Ende teurer und der nächsten Generation gegenüber nicht gerecht wäre.